

Telefon: 0 233-22668  
26058  
21074  
26157  
Telefax: 0 233-24215

## **Referat für Stadtplanung und Bauordnung**

Stadtplanung  
PLAN HAII/33P  
PLAN HAII/53  
PLAN HAII/33V  
PLAN HA I-42

- A) Änderung des Flächennutzungsplanes  
mit integrierter Landschaftsplanung  
und  
Aktualisierung des Aufstellungsbeschlusses vom 23.03.1994,  
letztmalig aktualisiert mit Beschluss vom 05.10.2011,  
für den  
Bebauungsplan mit Grünordnung Nr. 1769a  
Boschetsrieder Straße,  
Ratzingerplatz,  
Hofmannstraße (westlich),  
Gmunder Straße (beiderseits),  
Aidenbachstraße (östlich)  
(Teiländerung der Bebauungspläne Nr. 245 a und 410)  
(Aufhebung gemäß § 173 Abs. 3 Bundesbaugesetz (BBauG)  
übergeleiteter einfacher Bebauungspläne)**

**B) Weiteres Vorgehen .**

**- Grundsatz- und Eckdatenbeschluss -**

Stadtbezirk 19 - Thalkirchen-Obersendling-Forstenried-Fürstenried-Solln

**Sitzungsvorlagen Nr. 14-20 / V 04366**

§§ 2 Nr. 13, 4 Nr. 9b GeschO

**Anlage neu:**

12. Änderungsantrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen-rosa liste vom 17.02.2016

**Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 25.02.2016**

Öffentliche Sitzung

**I. Vortrag der Referentin**

Wie in der Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Bauordnung vom 17.02.2016,  
einschließlich Hinweis- und Ergänzungsblatt vom 27.01.2016.

Der Ausschuss hat die Beschlussfassung in die heutige Sitzung der Vollversammlung  
vertagt.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen-rosa liste hat in der Ausschusssitzung vom  
17.02.2016 den als Anlage Nr.12 beigefügten Änderungsantrag eingebracht.

Hinsichtlich des o.g. Änderungsantrags nimmt das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wie folgt Stellung.

**Zu Punkt 1:**

Zu Punkt 1 des Änderungsantrages wird auf die Stellungnahme der Verwaltung zur entsprechenden Stellungnahme des BA 19 (S. 23 ff.) im Rahmen der Beteiligung zum Beschlussentwurf verwiesen.

Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass bei der heutigen Verkehrsbelastung auf der Boschetsrieder Straße das durch die - auch erweiterte - P+R Anlage generierte Verkehrsaufkommen kaum ins Gewicht fällt.

Die verkehrliche Abwicklung der P+R-Anlage sowohl im bestehenden Straßennetz als auch mit der Realisierung der Tram-Westtangente, wurde durch die Verkehrsplanung als möglich erachtet. Dies wird im Verkehrsgutachten zum Bebauungsplan auch noch detaillierter betrachtet werden.

Dem Antragspunkt kann aus Sicht des Referats für Stadtplanung und Bauordnung daher nicht entsprochen werden.

**Zu Punkt 2 neu:**

Dem geänderten Punkt 2 des Änderungsantrages wird mit der weiteren Bearbeitung im Zuge des Bebauungsplanverfahrens, insbesondere mit dem im nächsten Schritt zu erstellenden Verkehrsgutachten, bereits im aus Sicht des Referats für Stadtplanung und Bauordnung erforderlichen Umfang entsprochen. Die Nahmobilität spielt bei den Planungen am Ratzingerplatz eine große Rolle; dies insbesondere wegen der vorgesehenen Schulen, auch der Feuerweherschule und der vorgesehenen zentralen Einzelhandelsangebote. Aus diesem Grund erfolgen im Zuge des Verkehrsgutachtens ohnehin ausführliche Betrachtungen zur Nahmobilität. Ziel ist insbesondere ein lückenloses und sicheres Fuß- und Radwegenetz im Planungsumgriff mit guter Anbindung an das ÖPNV-Netz sicherzustellen.

Verkehrliche Maßnahmen, die im Kontext mit dem Bebauungsplan stehen, werden somit geprüft und berücksichtigt. Verkehrliche Themen, die deutlich über das Planungsgebiet hinausgehen, können mit diesem Bebauungsplan nicht gelöst und geplant werden.

Dem Antragspunkt kann aus Sicht des Referats für Stadtplanung und Bauordnung daher nicht entsprochen werden.

**Zu Punkt 12 alt:**

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung geht davon aus, dass durch den Änderungsantrag, der die Streichung von Punkt 12 vorsieht, auf die Prüfung der Anwendbar-

keit des beschleunigten Verfahrens nach § 13 a BauGB verzichtet werden soll.

Dem kann aus Sicht des Referates für Stadtplanung und Bauordnung nicht zugestimmt werden, da insbesondere im Hinblick auf die Dringlichkeit der Realisierung der erforderlichen Schulen, alle Maßnahmen zur Beschleunigung des Bebauungsplanverfahrens geprüft werden sollen.

Es wird darauf verwiesen, dass auch nur einzelne Verfahrenserleichterungen zur Anwendung kommen können, falls beispielsweise auf eine Erörterungsveranstaltung nicht verzichtet werden soll.

Aufgrund der vorstehenden Ausführungen ändert sich der Antrag der Referentin **nicht**.

## II. Antrag der Referentin

Ich beantrage Folgendes:

1. Den im Vortrag unter Planungsziele genannten Eckdaten und Rahmenbedingungen wird zugestimmt.
2. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, die Bauleitplanverfahren auf Basis dieses Eckdatenbeschlusses fortzuführen, für das im Übersichtsplan des Referates für Stadtplanung und Bauordnung vom 08.06.2015, M=1 : 5000, schwarz umrandete Gebiet Boschetsrieder Straße, Ratzingerplatz, Hofmannstraße (westlich), Gmunder Straße (beiderseits), Aidenbachstraße (östlich) den Flächennutzungsplan mit integrierter Landschaftsplanung zu ändern und den Aufstellungsbeschluss Nr. 1769 vom 23.03.1994, fortgeschrieben mit Beschlüssen vom 21.02.2001 und 05.10.2011, entsprechend dem Vortrag der Referentin, Ziffer 3, zu aktualisieren. Die rechtsverbindlichen Bebauungspläne Nrn. 245a und 410 sind teilweise zu ändern. Die gemäß § 173 Abs. 3 BBauG übergeleiteten einfachen Bebauungspläne sind aufzuheben. Der Übersichtsplan (Anlage 1) ist Bestandteil dieses Beschlusses.
3. Das Kommunalreferat wird gebeten, auf Grundlage der genannten Eckdaten und Rahmenbedingungen die notwendigen Gutachten und Planungen zu finanzieren.
4. Das Kommunalreferat wird gebeten, in enger Abstimmung mit dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung die Planung der Feuerwehr- und Rettungsdienstschule parallel zur Entwicklung des Bebauungsplanes zu beauftragen, um so eine optimale Abstimmung zwischen städtebaulichem Anspruch und funktionalen Erfordernissen zu erzielen.
5. Das Referat für Bildung und Sport wird gebeten, die Planung einer fünfzügigen Grundschule am Ratzingerplatz und eines sechszügigen Gymnasiums an der Gmun-

der Straße, basierend auf den Ergebnissen der städtebaulichen Machbarkeitsstudie des Referates für Stadtplanung und Bauordnung, auf der Grundlage der genehmigten Standardraumbeschlüsse einschließlich Genehmigungsplanung zu veranlassen und diese bereits parallel zur Bauleitplanung erstellen zu lassen.

6. Das Kommunalreferat bleibt gebeten, einen dauerhaften Ersatzstandort für die derzeit noch auf Grundstück Flurstück Nr. 296 befindlichen städtischen Nutzungen zur Verfügung zu stellen.
7. Das Baureferat bleibt gebeten, die Flächen des Betriebshofs in der Gmunder Straße nach einer Verlagerung an einen geeigneten Ersatzstandort zu räumen.
8. Das Kommunalreferat und die Nutzerreferate werden gebeten, die auf Grundstück Flurstück Nr. 296 nach einer Teilverlagerung des Katastrophenschutzes verbliebenen Nutzungen (Betriebshof, Berufsschule, Katastrophenschutz) umzuorganisieren und zu optimieren, um die Anordnung einer ebenerdigen fußläufigen Verbindung der Schulen östlich der P+R Anlage und ggf. eine Erweiterung der ÖPNV-Flächen bzw. einen erweiterten Neubau der P+R-Anlage zu ermöglichen.
9. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, die verkehrlichen Grundlagen (u. a. Verkehrsgutachten) zu aktualisieren und dem Baureferat die Ergebnisse vorzulegen.
10. Das Baureferat wird gebeten, auf deren Basis die Vorplanung der im Umgriff liegenden Straßen unter Berücksichtigung der formulierten Planungsziele und der dafür notwendigen Maßnahmen als Grundlage für das weitere Bebauungsplanverfahren zu aktualisieren und dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung hierfür zur Verfügung zu stellen.
11. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, parallel zur vorlaufenden Gebäudeplanung für Schulen und Feuerwehr das städtebauliche Konzept für den gesamten Planungsbereich fortzuentwickeln und ein Umsetzungskonzept für die ergänzenden nicht-schulischen Nutzungen durch die zuständigen Fachdienststellen (Referat für Stadtplanung und Bauordnung, Kommunalreferat und Fachreferate) zu erarbeiten. Dieses soll dem Stadtrat erneut vorgelegt werden.
12. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt zu prüfen, ob das beschleunigte Verfahren gemäß § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung gemäß § 2 Abs. 4 BauGB angewendet wird und ggf. entsprechend zu verfahren.
13. Der Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

**III. Beschluss**  
nach Antrag.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der Vorsitzende

Die Referentin

Ober-/Bürgermeister

Prof. Dr.(I) Merk  
Stadtbaurätin

**IV. Abdruck von I. mit II.**  
über den Stenographischen Sitzungsdienst  
an das Direktorium Dokumentationsstelle  
an das Revisionsamt  
an die Stadtkämmerei  
mit der Bitte um Kenntnisnahme.

**V. WV Referat für Stadtplanung und Bauordnung HA II/33 V**  
zur weiteren Veranlassung.

zu IV.

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdruckes mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.
  2. An den Bezirksausschuss 19
  3. An das Kommunalreferat – RV
  4. An das Kommunalreferat – IS – KD – GV
  5. An das Baureferat VV EO
  6. An das Baureferat
  7. An das Kreisverwaltungsreferat
  8. An das Referat für Gesundheit und Umwelt
  9. An das Referat für Bildung und Sport
  10. An das Referat für Arbeit und Wirtschaft
  11. An das Sozialreferat
  12. An das Kulturreferat
  13. An die Stadtwerke München GmbH
  14. An die Stadtwerke München MVG
  15. An das Kreisverwaltungsreferat - Park & Ride GmbH
  16. An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung – SG 3
  17. An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung – HA I
  18. An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung – HA I/42
  19. An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung – HA II
  20. An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung – HA II/33 P
  21. An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung – HA II/53
  22. An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung – HA II/34B
  23. An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung – HA II/01
  24. An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung – HA III
  25. An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung – HA IV
  26. An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung – HA IV/33 T
- mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Am

Referat für Stadtplanung und Bauordnung HA II/33 V

VI. Am

Prof. Dr.(I) Merk